

# Abrüstung und Entwicklung

Die Herausforderung an die internationale Gemeinschaft im Jahr des Friedens

WILLY BRANDT

## OHNE FRIEDEN IST ALLES ANDERE NICHTS

In den vergangenen Jahren hat sich die Rüstungsspirale immer schneller gedreht. Dadurch hat sich die Gefahr für den Weltfrieden erhöht, ohne daß sich an der grundsätzlich prekären Gleichgewichtslage zwischen Ost und West etwas geändert hätte. Allerdings hat die jüngste Entwicklung sehr viel deutlicher werden lassen, wie sehr auch die wirtschaftlich stärksten Nationen unter dem Druck der Rüstungsausgaben leiden. Es steht jetzt völlig außer Frage, daß der Rüstungswettlauf aus wirtschaftlichen Gründen nicht endlos weitergehen kann, auch wenn es rein technisch die Möglichkeit gibt, noch immer neue, verfeinerte Vernichtungssysteme zu entwickeln — wobei deren Wert sich aber kaum noch ermitteln läßt, weil sie nur in der praktischen Anwendung wirklich erprobt werden könnten. Gegenwärtig scheint die Politik — die Sicherheitspolitik im engeren Sinne, die Außenpolitik, die Entwicklungspolitik — immer mehr zum Gefangenen der Technologie zu werden. Doch gibt es auch Anzeichen dafür, daß allmählich Zweifel an der Richtigkeit des bisherigen Kurses der Supermächte und der Blöcke auftreten. So findet man jetzt in offiziellen sowjetischen Verlautbarungen zum ersten Mal Hinweise auf den Zusammenhang zwischen Rüstung und Entwicklung. Das erscheint mir wichtig. Und es bleibt zu hoffen, daß in dieser Richtung auch Verhandlungen und Gespräche zwischen den beiden Supermächten geführt werden. Denn es besteht kein Zweifel darüber, daß alle Bemühungen im Rahmen der Vereinten Nationen ohne eine Annäherung zwischen den Supermächten in diesen Fragen nicht vorankommen können. Ohne gewisse Fortschritte in dieser Richtung wird auch die von den Vereinten Nationen für die zweite Julihälfte nach Paris einberufene ›Internationale Konferenz über den Zusammenhang zwischen Abrüstung und Entwicklung‹ ohne Ergebnisse enden.

Bei dieser Sachlage darf nun aber nicht übersehen werden, daß für den größeren Teil der Menschheit die europäische Sicht des Sicherheitsproblems mehr oder weniger irrelevant geworden ist. Die Dritte Welt vor allem hat in den Jahren seit dem Zweiten Weltkrieg unter den seither ausgetragenen oder noch andauernden, in diesem Heft aufgelisteten 160 Kriegen mit sogenannten konventionellen Waffen zu leiden gehabt. Und dabei ist nicht zu übersehen, welche verheerende Wirkung auch diese Waffen haben. Die meisten dieser Kriege sind die direkte oder mittelbare Folge der bestehenden Verhältnisse, der herrschenden Ungerechtigkeit, des Hungers, der Armut und der unvorstellbaren allgemeinen Misere. Und Leute, die von dort kommen, sagen uns wohl mit Recht: Die Menschen, die so leben und so leiden, verstehen es überhaupt nicht, wenn sie von uns hören, Friede sei wichtiger als Ungerechtigkeit. Der Kampf um mehr Gerechtigkeit, ob in Südafrika, in Afghanistan oder in Mittelamerika, wird nicht deshalb aufhören, weil er möglicherweise zu einem Konflikt zwischen den Supermächten, zwischen Ost und West werden könnte. Diese Sorge liegt den aus Verzweiflung Kämpfenden sehr fern. Ich glaube, das darf man nicht vergessen — auch wenn man aus einer umfassenderen Sicht sagen kann: Ohne Frieden ist alles andere nichts.

Deshalb geht es neben der dringend erforderlichen Verständigung zwischen den Supermächten vor allem auch um die Lösung der Probleme des Hungers, der Armut, der Ungerechtigkeit — also um Entwicklung — in der Dritten Welt. Denn diese Probleme sind die Wurzel so vieler Auseinandersetzungen und Spannungen, die wiederum von den Supermächten ausgebeutet werden können, solange die sich nicht verständigen.

Dabei geht es keineswegs nur um die Minderung der Armut und Not in den einzelnen Ländern. Es ist keine Frage, daß viele Länder ungenügende eigene Anstrengungen unternommen ha-

ben. Aber man muß auch sehen, daß etliche Regierungen, die sich um grundsätzliche Reformen und Veränderungen im Innern bemühten, von der Oberschicht im eigenen Land und vom Ausland als ›pro-kommunistisch‹ verteufelt wurden und keine Unterstützung fanden. Ein klassischer Fall dieser Art war die Agrarreform der seinerzeitigen chilenischen Regierung, die von den genannten Kräften erfolgreich untergraben wurde.

Auch international geht es um mehr Gerechtigkeit, und es wäre eine Illusion, die Minderung der Spannungen in der Welt allein von besserer Rüstungskontrolle zu erwarten. Nur wenn das grundlegende Ungleichgewicht in der Welt verändert wird, kann man die hieraus resultierenden Spannungen vermindern. Nur wenn wir es schaffen, das System so zu ändern, daß kein einzelnes Land — und keine einzelne Gruppe von Ländern — dominiert und wir das Problem der bestehenden Ungleichheit gemeinsam angehen, nur dann wird man die Aussichten auf Frieden wirklich verbessern können.

## NEUES VERSTÄNDNIS VON SICHERHEIT

Man muß erkennen, daß unsere Welt in einem starken Wandel ist und wir vermutlich nicht viel Zeit haben, den Prozeß wenigstens teilweise zu steuern. Die überall feststellbaren Schwierigkeiten des sozialen Umbruchs sind ein klares Zeichen: Der Verlust der nationalen Souveränität im Bereich der grenzüberschreitenden Wirtschaft, der verfehlte Versuch verstärkter Hinwendung zu nationalen und bilateralen Bemühungen um Kon-

### Autoren dieser Ausgabe

Ulrike Borchardt, geb. 1952, Georgios Kaouras, geb. 1952, Anja Malanowski, geb. 1960, und Ursula Niebling, geb. 1956, gehören der von Professor Gantzel geleiteten Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung an der Universität Hamburg an.

Willy Brandt, MdB, geb. 1913, ist Träger des Friedensnobelpreises (1971). 1969–1974 Bundeskanzler, 1966–1969 Bundesminister des Auswärtigen. Vorsitzender der Unabhängigen Kommission für internationale Entwicklungsfragen und der Sozialistischen Internationale.

Dr. Asbjørn Eide, geb. 1933, ehemaliger Direktor des Internationalen Friedensforschungsinstituts Oslo (PRIO), war Berichterstatter der Menschenrechts-Unterkommission über das Recht auf Militärdienstverweigerung aus Gewissensgründen.

Hans Klein (München), MdB, geb. 1931, ist außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Journalist; von 1959–1964 Presseattaché an verschiedenen Botschaften. 1965 pressepolitischer Referent bei Bundeskanzler Erhard.

Karlheinz Koppe, geb. 1929, ist Leiter der Arbeitsstelle Friedensforschung Bonn (AFB). 1972–1983 Vorstand der Ende 1983 aufgelösten Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung (DGFK).

Dr. Friedrich Ruth, geb. 1927, Botschafter im Auswärtigen Amt, ist Beauftragter der Bundesregierung für Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle. Seit 1983 ist er Mitglied des Beirats des UN-Generalsekretärs für Abrüstungsstudien.

Karsten Voigt, MdB, geb. 1941, ist außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion. 1969–1972 Bundesvorsitzender der Jungsozialisten, 1971–1973 Vizepräsident der Internationalen Union sozialistischer Jugend.

trolle über einen Bereich, der so objektiv nicht kontrolliert werden kann — das ist wohl das klarste Zeichen der gegenwärtigen weltweiten politischen Verwirrung. Bisher fehlt uns eine Antwort auf diese politische Herausforderung. Die Sozialwissenschaften scheinen noch nicht einmal eine angemessene theoretische Lösung gefunden zu haben. Und die Politik versucht es wie so oft mit den Rezepten von vorgestern.

Zu den vordringlichen Aufgaben einer konstruktiven internationalen Politik gehört es darum, ein neues, umfassenderes Verständnis von Sicherheit zu gewinnen. Dazu auch die Einsicht, daß ein rein militärisches Verständnis von Sicherheit bei weitem nicht ausreicht, wenn die heutigen und die voraussehbaren Probleme gelöst werden sollen. Weltweit kann wirkliche Sicherheit nur gewonnen werden, wenn in einer gemeinsamen Anstrengung nicht nur der Anhäufung von Waffen ein Ende gemacht wird, sondern wenn auch die anderen und für viele Menschen in vielen Ländern wichtigeren Ursachen der Spannungen und Konflikte beseitigt werden. Das Überleben der Menschheit hängt gewiß nicht allein von militärischem Gleichgewicht, sondern ebenso von einer Minderung der weltweit bestehenden Ungerechtigkeit ab.

Viel von der Unsicherheit in der Welt steht in unmittelbarem Zusammenhang mit den krassen Unterschieden zwischen reichen und armen Ländern, und unerträgliche Ungerechtigkeit und Massenhunger sind die Wurzel der Instabilität. Gleichzeitig werden unvorstellbare Summen für Rüstung und Militär aufgewendet, werden die besten Köpfe in den Industrieländern in der Erforschung und Entwicklung neuer Waffen beschäftigt. Eine Kontrolle der sogenannten Verteidigungsausgaben und die Verwendung eines Teils der eingesparten Mittel für die Entwicklung würde die Sicherheit in der Welt weit mehr erhöhen als die militärische Verwendung der Mittel. Für die Masse der Menschheit, von deren Lebensqualität und Befriedigung der Grundbedürfnisse zu reden ein reiner Hohn ist, wäre dies endlich ein Funken Hoffnung auf ein etwas erträglicheres Dasein.

Natürlich stellt sich immer wieder die Frage, wer denn diesen offensichtlichen Wahnsinn organisiert, wer ihm ein Ende bereiten kann, und wie das geschehen könnte. Denn jede recht willkürlich zusammengestellte Liste von Tatsachen, die irgendjemand zu verantworten hat, zeigt unmittelbar das ganze Ausmaß des gegenwärtigen Widersinns auch für den, der vielleicht noch nicht von der Forderung nach mehr Gerechtigkeit überzeugt ist. Man muß sich immer wieder vorstellen, was das bedeutet, wenn

- > etwa ein Fünftel aller Wissenschaftler und Techniker der Welt in der militärischen Forschung und Entwicklung tätig ist (und dabei handelt es sich vielfach um die fachlich besten Leute);
- > wenn seit 1945 in 160 Kriegen mehr als 20 Millionen Menschen getötet wurden, darunter 95 Prozent Zivilisten (zum Vergleich: im Ersten Weltkrieg 10 Millionen Tote, davon 5 Prozent Zivilisten; im Zweiten Weltkrieg 55 Millionen Tote, davon 50 Prozent Zivilisten);
- > für vier Milliarden Dollar — die weltweiten Militärausgaben von wenig mehr als einem Tag — innerhalb von zehn Jahren sauberes Trinkwasser für alle Menschen zur Verfügung gestellt werden könnte;
- > die zur Zeit vorhandenen rund 50 000 atomaren Sprengköpfe etwa 20 Milliarden Tonnen herkömmlichen Sprengstoffs (TNT) entsprechen: das ist beinahe siebentausendmal so viel wie der gesamte im Zweiten Weltkrieg eingesetzte Sprengstoff (3 Millionen t).

Weder schön und schon gar nicht gut, wird man sagen; aber was soll man tun? Da muß ich immer an einen Ausspruch meines Freundes Peter Ustinov denken, der einmal sagte:

»Ich bin noch nie aufgefordert worden, Geld für den Unterhalt von Soldaten zu spenden, weil der Staat ja dafür Sorge trägt. Ich werde aber laufend aufgefordert, Geld für Arme, für Menschen in der Dritten Welt zu spenden, weil der Staat für sie offenbar nicht sorgt.«

Der Staat und die internationale Staatengemeinschaft sorgen aber nur für das, was allgemein als wichtig und richtig und als

Aufgabe des Staates beziehungsweise der Staaten anerkannt ist. Dies wiederum hängt ab vom allgemeinen Verständnis der Bürger und was sie für wichtig und richtig halten. In diesem Zusammenhang sind natürlich auch die Gründe wichtig, die den einzelnen veranlassen, etwas für wichtig zu halten. Und jeder-mann weiß, daß es hierüber auch unterschiedliche Ansichten geben kann.

Ich glaube, daß in unserem hier betrachteten Zusammenhang zwischen Rüstung beziehungsweise Abrüstung und Entwicklung nun allerdings kein Unterschied über das Ziel bestehen kann. Denn alle wollen mehr Sicherheit, nicht weniger. Alle sagen, sie wollen mehr Gerechtigkeit, nicht weniger. Anders steht es mit dem Weg dorthin. Hier gibt es weiterhin unterschiedliche Ansichten und ein ganz fundamentales Dilemma. Denn weil weder die grundsätzliche Debatte über Sicherheit noch die Kenntnis der Lage in der Dritten Welt eine einfache Sache ist, haben viele Menschen kaum die Möglichkeit zu einem abwägenden Urteil aufgrund ihrer Kenntnisse der Tatsachen, sondern sind angewiesen auf simple Thesen und Gefühle, wobei oft eine allgemeine Angst das Hauptmotiv ist.

Unter solchen Umständen ist so etwas wie die Rüstungsspirale verständlich, ja sie erscheint durchaus logisch. Und erst, wenn die Angst überwunden werden kann, gibt es einen Ausweg aus dem Dilemma. Leicht kann offenbar die Vorstellung bei vielen erzeugt werden, daß man sich gegen einen gefährlichen Feind schützen müsse und daß ein gefährlicher Feind auch existiere. Denn haben wir (Deutsche, Franzosen, Amerikaner etc.) nicht immer Feinde gehabt? Dagegen steht nun aber, daß wir heute weder Frankreich als Feind betrachten, noch uns selber als angriffswillig sehen. Das war früher anders. Die einen wie die anderen sahen im jeweiligen Nachbarn den Feind und waren deshalb gewillt, sich auf Krieg — die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln — vorzubereiten. (Ohne Scheu nannte man ja auch Kriegsministerium, was inzwischen überall Verteidigungsministerium heißt — und eben nicht einfach im Sinne von Orwell.)

Das ist heute ganz anders. So wird berichtet, daß vor einiger Zeit in der Sowjetunion eine Propagandakampagne der politischen Führung keineswegs zu dem gewünschten Ziel führte. Es zeigte sich nämlich, daß die Frauen und Mütter angesichts der Behauptung der angeblich sehr gestiegenen Gefahr von seiten des Feindes in große Sorge gerieten; sich sorgten um ihre Männer und Söhne, die sie keineswegs in den glorreichen Kampf schicken wollten; vielmehr baten sie mit Tränen in den Augen die Abgesandten der politischen Führung, alles nur Mögliche zu tun, um das Schlimmste zu verhindern, nur ja Frieden zu bewahren.

Wenn das so ist — und das läßt sich ja durchaus prüfen —, dann gilt eben die These nicht, daß man von früher so einfach auf heute und morgen schließen kann und muß. Und wer bei uns im Lande würde sich denn nicht ganz entschieden dagegen wehren, daß wir unabänderliche Militaristen und Expansionisten seien?

So sehe ich denn eine Verbindung entstehen zwischen der Einsicht, die sich unter den Experten ausbreitet, und dem allmählich überall feststellbaren Wunsch der Menschen und ihrem wachsenden Verständnis davon, daß heute Sicherheit nicht mehr gegeneinander, sondern nur noch gemeinsam gewonnen werden kann. Aber auch, daß eine kleine reiche Minderheit sich auf Dauer nicht in einem Meer der Armut und der Not gleichsam wie auf einer Insel behaupten kann. Und wenn es mir dabei nicht so sehr darauf ankommt, ob das aus wirtschaftlichen oder moralischen Gründen nicht funktionieren kann, so möchte ich doch einen zusätzlichen Hinweis nicht außer acht lassen.

#### GEGEN ARMUT, HUNGER, UNGERECHTIGKEIT

Wir neigen dazu, die Welt aus dem europäischen Blickwinkel zu sehen. Das ist natürlich. Aber es ist auch gefährlich. Man redet

# 1986: Internationales Friedensjahr

**GENERALVERSAMMLUNG** — Gegenstand: Internationales Friedensjahr. — Resolution 40/3 vom 24. Oktober 1985

Die Generalversammlung,

- unter Hinweis auf ihre Resolution 37/16 vom 16. November 1982, in der sie das Jahr 1986 zum Internationalen Friedensjahr erklärte,
  - in der Erkenntnis, daß das Internationale Friedensjahr wegen seiner Bedeutung und seiner Verknüpfung mit dem vierzigjährigen Bestehen der Vereinten Nationen dazu dienen muß, den Schwerpunkt der Bemühungen der Vereinten Nationen und ihrer Mitgliedstaaten auf die Förderung und Verwirklichung des Friedensideals mit allen nur erdenklichen Mitteln zu legen, was ja auch das Hauptziel der Charta ist,
  - in der Erwägung, daß die Bemühungen und Aktivitäten zur Herbeiführung positiver Ergebnisse in der internationalen Zusammenarbeit zur Förderung des Friedens während des Jahres selbst und für alle Zeiten danach intensiviert werden müssen,
1. billigt die Proklamation des Internationalen Friedensjahres, deren Wortlaut im Anhang zu dieser Resolution enthalten ist;
  2. bittet alle Staaten, alle Organisationen im System der Vereinten Nationen und die interessierten nichtstaatlichen Organisationen, die Organisationen in den Bereichen Bildung, Wissenschaft, Kultur und Forschung sowie die Nachrichtenmedien, den Generalsekretär bei der Verwirkli-

chung der Ziele des Internationalen Friedensjahres zu unterstützen;

3. ersucht den Generalsekretär, für eine möglichst weite Verbreitung dieser Proklamation Sorge zu tragen.

Abstimmungsergebnis: Ohne förmliche Abstimmung angenommen.

## ANHANG

### Proklamation des Internationalen Friedensjahres

Da die Generalversammlung einmütig beschlossen hat, am 24. Oktober 1985, dem Tag der Feier des vierzigjährigen Bestehens der Vereinten Nationen, feierlich das Internationale Friedensjahr zu verkünden, da die Feier des vierzigjährigen Bestehens der Vereinten Nationen eine einzigartige Gelegenheit zur erneuten Verpflichtung auf die Ziele und Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen bietet, da der Friede ein universelles Ideal darstellt und die Förderung des Friedens das Hauptziel der Vereinten Nationen ist, da die Förderung des Friedens und der internationalen Sicherheit seitens der Staaten und Völker kontinuierliche und konstruktive Maßnahmen erfordert, die die Verhütung des Krieges, die Beseitigung verschiedener Bedrohungen des Friedens — einschließlich der nuklearen Bedrohung —, die Achtung des Grundsatzes der Nichtanwendung von Gewalt, die Beilegung von Konflikten und die friedliche Regelung von Streitigkeiten,

vertrauensbildende Maßnahmen, Abrüstung, die Erhaltung des Weltraums für friedliche Nutzungszwecke, die Entwicklung, die Förderung und Ausübung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, die Entkolonisierung nach dem Grundsatz der Selbstbestimmung, die Beseitigung von Rassendiskriminierung und Apartheid, die Steigerung der Lebensqualität, die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse und den Schutz der Umwelt zum Ziel haben,

da die Völker in Frieden miteinander leben und Toleranz üben müssen und da Bildung, Information, Wissenschaft und Kultur anerkanntermaßen einen Beitrag hierzu leisten können,

da von dem Internationalen Friedensjahr ein rechtzeitiger Anstoß zu erneuter, auf die Förderung des Friedens gerichteter Reflexion und Aktion ausgeht, da das Internationale Friedensjahr den Regierungen, den zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen und anderen Gelegenheiten bietet, dem allen Völkern gemeinsamen Streben nach Frieden auf konkrete Weise Ausdruck zu verleihen,

da das Internationale Friedensjahr nicht nur Anlaß zu feierlichem Gedenken ist, sondern auch Gelegenheit zu schöpferischer und systematischer Reflexion und Aktion zur Verwirklichung der Ziele der Vereinten Nationen bietet,

> erklärt die Generalversammlung das Jahr 1986 daher feierlich zum Internationalen Friedensjahr und fordert alle Völker auf, sich gemeinsam mit den Vereinten Nationen entschlossen für die Sicherung des Friedens und der Zukunft der Menschheit einzusetzen.

oft von Bevölkerungsexplosion und Entwicklungsproblemen mit einem eher unbewegten Gemüt, so als handle es sich um ein Problem der anderen. Selten nimmt man wirklich zur Kenntnis, was es bedeutet, daß die Welt demnächst über sechs Milliarden Einwohner haben wird und daß der Zuwachs in der Dritten Welt erfolgen wird. Schon heute lebt jeder zweite Mensch in Asien und jeder achte in Afrika. Wie steht es da mit unseren Grundsätzen? Was heißt da Solidarität? Und wie stehen wir da im Vergleich zu der von uns mit Recht angeprangerten Apartheid der Weißen in Südafrika? Verteidigen wir etwa auch eine Art feudaler Lage, in der weltweit die reiche Minderheit im Norden der wachsenden armen Mehrheit im Süden Gerechtigkeit und Gleichberechtigung, ja selbst ein auch nur annähernd menschenwürdiges Dasein versagt? Mir scheint, hier ist eine genaue Prüfung der bestehenden Verhältnisse angebracht. Da muß man genau auf das hören, was uns etwa von den Kirchen, nicht nur denen in Lateinamerika, gesagt wird. Oder was Minderheiten bei uns im Norden aus eigener Erfahrung an Ratschlägen geben können.

Ich gehöre nicht zu denen, die jede Hoffnung schon aufgegeben haben. Die glauben, die Umweltzerstörung schreite bereits so schnell fort, daß es den Atomkrieg gar nicht mehr brauchen wird. Ich meine, wir haben noch eine Chance. Aber ich fürchte, sie könnte schnell verspielt werden. Noch haben wir, haben die Jüngeren die Wahl: sie können noch entscheiden, ob sie die

ungeheuren technischen Möglichkeiten, die wissenschaftlichen Erkenntnisse, die neuen Wege der Nachrichtenübertragung und die neuen Verkehrsmittel zum Nutzen verwenden wollen oder zum Schaden. Diese Entscheidung ist noch nicht endgültig getroffen, und sie ist auch nicht vorherbestimmt. Wir sind nicht mit Notwendigkeit Gefangene unbestimmter, unpersönlicher Entwicklungen, die den Mißbrauch von Wissenschaft und Technik notwendig herbeiführen und das Wettrüsten unausweichlich machen.

Und ich glaube, es gibt überall in der Welt Anzeichen dafür, daß die Jüngeren dabei sind, sich für einen neuen Weg zu entscheiden. Man hat gesagt, die absolute Überzeugung von der Richtigkeit der eigenen Auffassung sei die Wurzel der Konflikte. Und deshalb sei die Überwindung des Freund-Feind-Denkens und Anerkennung der Daseinsberechtigung des anderen ebenso wichtig wie der Abbau der Waffenarsenale. Vielleicht haben wir Anlaß zur Hoffnung auch, weil bei den Jüngeren auf der ganzen Welt Bluejeans ›in‹ sind. Mir scheint, sie sind in zunehmender Zahl auch davon überzeugt, daß Atomraketen nicht mehr ›in‹ sind. Der Kampf gegen Armut, Hunger und Ungerechtigkeit dagegen ist ›in‹.

Natürlich kann niemand leugnen, daß wir auch Zeugen entsetzlicher Rückfälle in das Denken von vorgestern sind. Daß hier und da Nationalismus und Großmachtsucht, aber auch der Anspruch auf die absolute Wahrheit noch einmal in Mode gekom-

men sind. Doch kann man das wohl für ein nochmaliges Aufbäumen alter Kräfte halten, ehe sie verschwinden — oder alles mit sich reißen.

Nun verliert sich die Diskussion über Rüstung und Entwicklung allzu leicht in punktuelle Auseinandersetzungen über zwar wichtige, aber zunächst eher am Rande liegende Fragen. Sie werden im wesentlichen von drei verschiedenen Gruppen vorgebracht. Da sind zunächst jene Experten, die sich gern als Realisten bezeichnen, für die Abrüstung und Entwicklung nicht miteinander verknüpft werden sollten, weil sie angeblich ganz eigenständige Bereiche für sich sind. Dann gibt es jene, die immer von den anderen — sei es die andere Supermacht, das andere Bündnis, die Dritte Welt, das konkurrierende Land oder das Konkurrenzunternehmen — den ersten Schritt fordern. Und schließlich kommt die Gruppe derjenigen, die immer neu behaupten, es käme nicht oder jedenfalls nicht zuerst aufs Geld an, sondern auf irgendwelche sonstigen Veränderungen.

Die letzte Gruppe — das zeigte sich etwa bei der Kritik am ersten Bericht der von mir geleiteten Kommission, der Anfang 1980 veröffentlicht wurde<sup>1</sup> — übersieht regelmäßig zwei Dinge. Erstens geht es bei all diesen Erörterungen nicht darum, ob mit (mehr) Geld allein Verbesserungen zu erreichen sind. Das wird in aller Regel nicht behauptet oder gemeint, wenn eine Erhöhung des Aufwandes für einen bestimmten Zweck gefordert wird. Vielmehr handelt es sich darum, daß auch die kleinste Maßnahme etwa in der Entwicklungsförderung Geld kostet. Daraus folgt unmittelbar, daß jeder, der mehr tun will — und der eine möglichst wirksame Verwendung der bereits zur Verfügung stehenden Mittel als selbstverständliches, wenn auch natürlich nicht überall schon erreichtes Ziel ansieht — auch den vermehrten Einsatz von Geldmitteln fordern muß. Andersherum gilt für den Rüstungsbereich, daß auch hoher Mitteleinsatz die Rüstungsspirale nicht weiter drehen würde, wenn sich die Menschen, einschließlich jener Techniker und Wissenschaftler, der entsprechenden Betätigung verweigern würden...

Die zweite Gruppe, die eine Erörterung von Rüstung und Entwicklung auf ein Nebengleis schieben möchte, sind diejenigen, die gern den Finger erheben, auf andere ›Sünder‹ verweisen, und auf alle Argumente mit einem entschiedenen ›Ja, aber‹ antworten. Ich brauche das wohl nicht an Beispielen zu verdeutlichen.

Die Gruppe, die keinen Zusammenhang zwischen den beiden Bereichen der Rüstung und der Entwicklung herstellen will, besteht zum einen aus Experten, die auf rein technischem Wege, durch Raketen zählen, wie man etwas abschätzig gesagt hat, zur Abrüstung kommen wollen. Sie sitzen schon seit langer Zeit an den verschiedenen Verhandlungstischen und haben bisher wenig Fortschritte erzielt. Es gehören in diese Gruppe dann auch diejenigen, die in den für Weltentwicklung wichtigen Fragen gern auf klarer Kompetenztrennung bestehen, weil angeblich eine Verknüpfung verschiedener Fragen allein in diesem Bereich schon nicht zu vertreten sei. Alles kann nach dieser Ansicht nur schwieriger werden, wenn man nun auch noch Rüstung und Entwicklung zusammenbringt.

#### WAS WIR TUN KÖNNEN

Leider vermischen sich hier nun ganz verschiedene Probleme. Da sind einerseits die ›globalen Sachfragen‹, wie ich das einmal nennen möchte. Angelegenheiten, die alle betreffen und angehen, bei denen alle gleichberechtigt mitreden sollten und die miteinander verknüpft sind. Diese globalen Sachfragen zeichnen sich zudem auch dadurch aus, daß sie nur durch gemeinsam erarbeitete und allgemein akzeptierte Antworten gelöst werden können.

Die gemeinsame Suche nach Lösungen wird nun dadurch erschwert, daß oft unter gleichberechtigtem Mitreden nichts anderes verstanden wird, als das Prinzip ›ein Land, eine Stimme‹, wie es in den Vereinten Nationen gilt (abgesehen von einer den

Kennern vertrauten Besonderheit und dem Vetorecht, das bekanntlich nur einigen Mitgliedern zusteht).

Noch schwieriger wird die Sache dadurch, daß sich einige Sonderorganisationen der Vereinten Nationen, die im Entwicklungsbereich eine besondere Rolle spielen, dadurch auszeichnen, daß die Sowjetunion und einige andere Länder des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe ihnen nicht angehören. Wenn man also darauf besteht, bestimmte Fragen etwa nur im Rahmen des Internationalen Währungsfonds zu behandeln, bedeutet das praktisch den Ausschluß jener Länder von diesen Beratungen. In der Vergangenheit, als sich die Sowjetunion in diesen Fragen für nicht zuständig erklärte und als man den Zusammenhang zwischen Rüstung und Entwicklung weithin nicht zur Kenntnis nehmen wollte, mag dies kein wichtiges Problem gewesen sein. Das hat sich inzwischen geändert. Und jetzt sind zumal diejenigen gefordert, die früher mit besonderem Nachdruck die Beteiligung der Ostblockländer an verstärkten Entwicklungshilfeleistungen zu fordern pflegten.

Es gibt genügend Vorschläge zur Verbesserung der Arbeit und der Verfahrensweise der Vereinten Nationen und ihrer Sonderorganisationen. Ich kann hier die detaillierten Empfehlungen der beiden Berichte meiner Kommission nicht wiederholen<sup>2</sup>. Sie behalten ihre Gültigkeit und sind angesichts der inzwischen eingetretenen Entwicklung noch dringlicher geworden. Neuere Berichte aus den Vereinten Nationen selbst bestätigen im übrigen unsere frühere Kritik<sup>3</sup>.

Daraus ergibt sich, daß die Bundesrepublik Deutschland als Mitglied der Vereinten Nationen sich mit diesen Fragen intensiver befassen und zukunftsweisende Vorschläge unterbreiten sollte. Statt dessen bestand und besteht die Neigung, sich hinter anderen westlichen Ländern gewissermaßen zu verstecken — wobei es nicht ausbleibt, daß abrupte Kurswechsel (wie etwa in der Schuldenfrage) erst mit einem eher peinlichen Abstand nachvollzogen werden.

Aber die Bundesrepublik kann selbstverständlich auf bestimmten Gebieten viel mehr tun, ohne erst auf Vereinbarungen innerhalb der Vereinten Nationen zu warten. Nichts kann uns daran hindern, bestimmte Prinzipien jedenfalls in unserem eigenen Fall anzuwenden. Wir können durch eigene Entscheidung unsere Waffenexporte drastisch verringern, wie das unter anderem von den Kirchen gefordert wird. Wir können bei uns selbst damit anfangen, die Rüstungsausgaben zugunsten der Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit einzuschränken. Und niemand hindert uns, darüber nachzudenken, ob wir nicht in bestimmten Bereichen unseren Lebensstil und unseren Aufwand, öffentlich und privat, zugunsten verstärkter Investitionen in der Dritten Welt einschränken sollten.

Es kann heute nicht mehr bestritten werden, daß es nicht nur geboten, sondern auch klüger ist, für die Zukunft und in Entwicklungsvorhaben zu investieren, als die zukünftigen Folgen von andauernder Unterentwicklung und Ungerechtigkeit zu bekämpfen, was nicht zuletzt durch Waffenexporte und Militärlieferung geschieht. Dabei ist auch jener Streit überflüssig und geradezu unsinnig, der immer wieder darüber entbrennt, ob mehr private oder mehr öffentliche Investitionen in der Dritten Welt erforderlich sind. Beides ist dringend nötig. Ja, schon vor Jahrzehnten war der Aufwand in beiden Bereichen viel zu gering. Experten beklagten damals, daß die gesamte Entwicklungshilfe pro Kopf der Bevölkerung in der Dritten Welt (damals etwa 1,2 Milliarden Menschen) sich auf nur 20 US-Cents jährlich belief. Heute schätzt man die Aufwendungen auf etwa 5 US-Dollar pro Kopf und Jahr — oder bei Berücksichtigung der Inflation auf den mit dem damaligen Betrag vergleichbaren Satz von nicht ganz 1,50 Dollar (bei einer Bevölkerung der Dritten Welt von jetzt 3,6 Milliarden).

Und schon vor drei Jahrzehnten sagten Fachleute, daß die ›geistige Hilfe‹, wie man es nannte — nämlich die Hilfe zu verbesserter Ausbildung, zur Alphabetisierung, die Übertragung von Kenntnissen — von entscheidender Bedeutung sein werde. Daneben aber müsse die materielle Hilfe vervielfacht werden,

wenn der Kreislauf der sich reproduzierenden Armut durchbrochen werden soll. Das ist bisher so wenig Wirklichkeit geworden wie jene andere große Hoffnung, die sich darauf stützte, daß

»gerade die höchsten Militärs der westlichen Welt ... zu der Erkenntnis gekommen (sind), daß es seit der Erfindung der Atomwaffen nur noch ein einziges wirksames Mittel der Verteidigung gibt, nämlich die allgemeine Abrüstung, und es sieht so aus, als ob die hohen Militärs in der östlichen Welt mit ihnen darin übereinstimmen.«<sup>4</sup>

Vor jenem Hintergrund wurde auch damals schon gesagt, es liege nahe, einen Teil des Volkseinkommens, der bisher für Rüstungen ausgegeben wurde und der durch Rüstungsbeschränkungen frei werde, zur Verstärkung des Kampfes gegen den Hunger in der Welt einzusetzen. So schrieb der erste Generaldirektor der Welternährungsorganisation (FAO):

»Die USA und die Sowjetunion mit ihren Satelliten oder Verbündeten, je nach der Blickrichtung, könnten die Welt davon überzeugen, daß sie es mit ihrem erklärten Ziel, die Wohlfahrt der Menschheit zu fördern, auf richtig meinen. ... Dazu brauchte nur einer dieser Staaten ein klar umrissenes Angebot zur Zusammenarbeit innerhalb einer internationalen Behörde zu machen, die die Interessen aller Nationen vertritt, und er müßte sich bereit erklären, der Behörde zehn oder auch nur fünf Prozent des sonst für Rüstungen verwendeten Geldes unter der Voraussetzung zur Verfügung zu stellen, daß alle zum Beitritt bereiten Länder den gleichen prozentualen Beitrag leisten.«<sup>5</sup>

Ähnliche Gedanken wurden schon damals auch von anderen ausgesprochen. Und schon damals kam man zu dem Schluß, daß diese Idee von einer geradezu bestechenden Logik sei. Wie wohlhabend die Welt in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts werden könne, so sagte man, sei nicht eine Frage unserer mate-

riellen Möglichkeiten, sondern nur eine Frage unseres Verstandes oder unserer politischen Moral:

»Wenn die Ausgaben für Rüstungen auch nur um ein Viertel vermindert werden und wenn von diesem Viertel wiederum auch nur ein Viertel für den Kampf gegen den Hunger ausgegeben wird, so wird ein völlig neuer Abschnitt der Menschheitsgeschichte beginnen.«<sup>6</sup>

Das gilt auch heute noch.

Wir haben viel Zeit verloren und sehr viel Geld verschwendet. Aber wir haben noch immer die Chance zur Umkehr. Von deutschem Boden, von dem nie wieder ein Krieg ausgehen darf, könnte heute, da wir wirtschaftlich so viel stärker sind, ein entscheidender Schritt zu Frieden und Entwicklung erfolgen, wie er damals versäumt worden ist.

#### Anmerkungen

1 Willy Brandt (Hrsg.), Das Überleben sichern. Gemeinsame Interessen der Industrie- und Entwicklungsländer (Bericht der Nord-Süd-Kommission), Köln 1980. (Nachdruck unter dem Titel ›Der Brandt-Report — Das Überleben sichern‹, Ullstein Taschenbuch Nr. 34102.) — Siehe auch meinen Beitrag in dieser Zeitschrift: Neustrukturierung der internationalen Beziehungen statt ›Hilfe‹. Die Vereinten Nationen und der Bericht der Unabhängigen Kommission für internationale Entwicklungsfragen, VN 1/1980 S. 1f.

2 Ders., Hilfe in der Weltkrise. Ein Sofortprogramm (Der 2. Bericht der Nord-Süd-Kommission), Reinbek (rororo aktuell Nr. 5238) 1983.

3 Maurice Bertrand, Some Reflections on Reform of the United Nations (UN-Doc. JIU/REP/85/9), Genf 1985. Siehe auch die Darstellung S. 75f. dieser Ausgabe.

4 Fritz Baade, Welt-Ernährungswirtschaft, Hamburg (rde Bd. 29) 1956, S. 154.

5 John Boyd Orr (in Zusammenarbeit mit David Lubbock), Werden nur die Reichen satt? Des weißen Mannes Schicksalsstunde, Düsseldorf 1954, S. 113.

6 Baade (Anm. 4), S. 155.

## Neue Ansätze bei den Abrüstungsstudien der Vereinten Nationen

FRIEDRICH RUTH

Die Studien zu Abrüstungsthemen gehören zu dem weitgespannten rüstungskontrollpolitischen Instrumentarium der Vereinten Nationen. Damit ist auch schon gesagt, daß diese Studien keine rein akademischen Arbeiten im Dienste wissenschaftlicher Wahrheitsfindung, sondern von Hause aus politischer Natur sind. Seit der ersten Expertenstudie der Weltorganisation über ›Wirtschaftliche und soziale Folgen der Abrüstung‹ von 1962 sind zahlreiche weitere Studien oder Expertenberichte zu Themen der Abrüstungsdiskussion in den Vereinten Nationen abgeschlossen und von der Generalversammlung angenommen worden. Ihre zunehmende Bedeutung ergibt sich daraus, daß ihre Zahl bis zur historischen ersten Sondergeneralversammlung über Abrüstung 1978<sup>1</sup> nur zwölf betrug, in den noch nicht einmal acht seither vergangenen Jahren jedoch auf 33 anstieg.

Nachdem diese Zeitschrift den UN-Abrüstungsstudien immer wieder Beiträge gewidmet hat<sup>2</sup>, möchte ich mich auf die jüngsten Studien konzentrieren. Angesichts des begrenzten Raums werde ich mich auf einige wichtige Aspekte beschränken und dabei Tendenzen herauszuarbeiten suchen, die zugleich für den Stand der Abrüstungsdiskussion in den Vereinten Nationen insgesamt aufschlußreich sind.

### Bedeutung und Aufgabenstellung

Studien der Vereinten Nationen im Abrüstungsbereich sollen im Vorfeld und zugleich in Erweiterung der Debatte im 1. Hauptausschuß der Generalversammlung Tatsachen und Zusammenhänge feststellen, Auffassungen klären und die erreichten Ergebnisse in möglichst allseitig annehmbaren Formulierungen festhalten. Sie sollen die Basis der gemeinsam getragenen Auffassungen verbreitern und vertiefen, dadurch zum Fortschritt der Debatte beitragen und, wenn möglich, auch Verhandlungsprozesse fördern.

Voraussetzung dafür ist abschließender Konsens der beteiligten Experten; wichtig ist auch der nachfolgende Konsens der Generalversammlung, auch wenn er nicht ausschlaggebend für das Zustandekommen einer UN-Studie ist. Die Experten sind heute durchweg von den Regierungen benannte Sachverständige. Die Zusammensetzung der Expertengremien soll grundsätzlich regional — also für die drei großen Gruppierungen der Abrüstungsdebatte: West, Ost, Ungebundene — repräsentativ sein. In der Generalversammlung können die UN-Mitgliedstaaten ihre Haltung zu einem Studienprojekt durch ihr Stimmverhalten, durch Erklärungen zur Abstimmung und schließlich durch besondere Staatenstellungen zum Ausdruck bringen. Dies bedeutet: Während durch die Studien einerseits die Grundlagen für die Verständigung in der Abrüstungsdebatte erweitert werden sollen, sind sie auch Meinungsspiegel der Abrüstungsdiskussion und zugleich politische Instrumente globaler Meinungsbildung von entsprechendem politischem Interesse für die verschiedenen Gruppierungen.

Aus dieser für die Vereinten Nationen typischen Problematik erklären sich die Schwierigkeiten, die der erfolgreichen Ausarbeitung von UN-Studien entgegenstehen. Zu Beginn der meist zweijährigen und relativ aufwendigen Projekte ist gerade bei politisch umstrittenen Themen das Ergebnis schwer voraussehbar. Aus dem Scheitern einer Studie droht nicht zuletzt Kritik am Verfahren der Weltorganisation. Zu der Reihe institutioneller Neuregelungen, die von der ersten Sondergeneralversammlung über Abrüstungsfragen 1978 getroffen wurden (so die Schaffung einer eigenen Abrüstungsabteilung des UN-Sekretariats), gehört deshalb die Einrichtung des Beirats für Abrüstungsstudien. Der vom Generalsekretär berufene Beirat, bestehend aus derzeit 24 hochrangigen Experten, die zweimal jährlich zusammentreten, soll über neu zu beschließende Studien, vor allem aber auch über grundsätzliche Probleme der Konzeption von UN-Studien beraten. Seit 1983 gehört ihm auch der